

„Cliquenhafte Verdichtung“

Auch Verfassungsschutz bot Gestapo-Leuten Unterschlupf Von Peter Carstens

BERLIN, 3. Oktober. Warum der Verfassungsschutz ausgerechnet an Walter Odewald so hartnäckig festhielt, wird sich kaum noch klären lassen. Doch belegt der Fall des früheren Befehlshabers der Sicherheitspolizei im besetzten Frankreich, wie wenig man sich auch beim Kölner Bundesamt bis in die späten sechziger Jahre hinein um die NS-Vergangenheit der Mitarbeiter geschert hat.

Der 1902 geborene Odewald hatte bereits vor der nationalsozialistischen Machtergreifung einem polizeiinternen Freundeskreis der NSDAP angehört und dann für das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) gearbeitet. Sein Fall offenbart eine seltene Hartnäckigkeit bei dem Bestreben einer bundesdeutschen Sicherheitsbehörde, gegen den ausdrücklichen Willen nicht nur der Alliierten, sondern auch des Bundesinnenministeriums einen NS-Belasteten zu beschäftigen. Odewald, der während des Krieges im besetzten Frankreich und in Prag an führender Stelle im Besatzungs- und Terrorapparat gewirkt hatte, gelangte schon kurz nach Gründung des Verfassungsschutzes (BfV) im Jahre 1950 wieder auf dessen Zahlliste. Leute wie ihn konnte man den Alliierten Anfang der fünfziger Jahre unmöglich offiziell als Mitarbeiter präsentieren – einige hatten alliierte Nachrichtendienste allerdings auch selbst rekrutiert.

Sobald die Westalliierten Mitte der fünfziger Jahre die Kontrolle über die neuen deutschen Sicherheitsbehörden lockerten, versuchte auch das BfV den früheren SS-Kameraden Odewald in den Bundesdienst zu holen. Der Altnazi, einer von etlichen in einer „Frankreich- Seilschaft“ beim Verfassungsschutz, arbeitete dann bei der

„Bundesnachrichtenstelle“ in Hannover. Das war eine gegen die DDR gerichtete BfV-Organisationseinheit. Doch dort sollte er nicht bleiben dürfen, meinte das Innenministerium. Um nicht auf Odewald zu verzichten, wurde er daraufhin zwar formell aus dem Verfassungsschutz entfernt. Umgehend fand er aber Anstellung beim niedersächsischen Verfassungsschutzamt in Hannover, wo die Zeitschrift „Der Spiegel“ ihn 1959 als „Chef des Chefs des Referats 4/G (Gegenspionage)“ ortete.

Tatsächlich, so fanden nun zwei Historiker heraus, die derzeit die Gründungsgeschichte des Verfassungsschutzes erforschen, war

Odedwald aber dort lediglich zum Schein beschäftigt. Kaum angestellt, hatte man ihn gleich wieder an seine alte Dienststelle „ausgeliehen“. Erst als dieser Betrug jemandem in Bonn auffiel, wurde das enge Arbeitsverhältnis offiziell beendet. Odedwald ging zur Kriminalpolizei.

Die Geschichte von Walter Odedwald und anderen im Verfassungsschutz ist typisch für die Gründungszeit vieler Sicherheitsbehörden in Deutschland. Überall, beim Bundeskriminalamt, dem Bundesnachrichtendienst und bei den Landeskriminalämtern waren erfahrene Beamte der NS-Zeit nach dem Krieg bald wieder gefragt. Das galt, so die Bochumer Historiker Constantin Goschler und Michael Wala, jedenfalls dann, wenn keine Verurteilung wegen Gewalttaten vorlag. So wie es bei Odedwald der Fall war.

Die beiden Forscher, die nach einer öffentlichen Ausschreibung seit 2011 die Organisationsgeschichte des Amtes von 1950 bis 1975 untersuchen, kommen aber zu der Auffassung, das im besonderen Fall des Verfassungsschutzes die „personelle Kontinuität zum NS-Regime dünn“ sei. Anders als beispielsweise beim Bundeskriminalamt, wo ehemalige Mitarbeiter des NS-Unterdrückungsapparats fast alle Führungspositionen einnahmen, hätten sich beim Verfassungsschutz nur wenige Ehemalige eingefunden. Allerdings, so schränken die beiden Forscher ein, sei die Quellenlage zu den anfangs etwa zweihundert Mitarbeitern des BfV sehr dürftig. Man habe alte Impflisten und Unterlagen zu Personalratswahlen auswerten müssen, um überhaupt Mitarbeiter identifizieren zu können. Demnach seien aber nur dreizehn Prozent der offiziell Beschäftigten zuvor bei der NSDAP oder anderen NS-Organisationen gewesen.

Als eine Ursache dafür gilt den Historikern der ausdrückliche Wunsch der Alliierten, „keine neue Gestapo“ entstehen zu lassen. Dem Verfassungsschutz seien deshalb jegliche Polizeibefugnisse vorenthalten worden. Er wurde föderalistisch aufgebaut, und man habe anfangs eben genau auf die Auswahl der Mitarbeiter geachtet. Beschränkungen seien aber, wie die Historiker in einem Zwischenbericht erläutern, zum Teil umgangen worden, indem in Tarnorganisationen wie der Firma Dokumentenforschung Dr.

Halswick „einschlägig qualifizierte und belastete Experten“ als freie Mitarbeiter beschäftigt wurden, zum Teil unter falschem Namen.

Ihre Bezahlung floss aus unkontrollierten Fonds eines Abteilungsleiters.

Erst als in eine Abhöraffaire Anfang der sechziger Jahre zahlreiche Veteranen aus dem Apparat des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, verwickelt waren, wurden etliche dieser Leute versetzt oder in den Ruhestand geschickt, so auch BfV-Vizepräsident Albert Radke. Radke hatte einst als Verbindungsoffizier im Reichssicherheitshauptamt gearbeitet, wurde nach dem Krieg zunächst für den späteren BND-Präsidenten Reinhard Gehlen tätig,

ehe er von 1951 an dreizehn Jahre lang im Verfassungsschutz wirkte. Der Präsident von 1955 bis 1972, Hubert Schrübbers, hatte in der NS-Zeit als Staatsanwalt wohl an Unrechtsurteilen mitgewirkt. Dafür interessierte sich in den fünfziger und sechziger Jahren niemand.

Erst als Anfang der siebziger Jahre die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zu einem öffentlichen Hauptthema wurde, musste Schrübbers gehen.

Die „Belastungskriterien“, so Goschler und Wala, hätten sich im Laufe der Zeit verändert. Man könne bei der historischen Bewertung deshalb „nicht einfach von dem ausgehen, was wir heute für nicht akzeptabel halten“. Ein Einfluss NS-belasteter Mitarbeiter des BfV auf die konkrete Tätigkeit, etwa beim Vorgehen der jungen Demokratie gegen Kommunisten, sei „nur schwer nachvollziehbar“. Prägender Einfluss sei jedenfalls nicht erkennbar. Es gebe, so das Zwischenfazit, „örtlich und zeitlich begrenzt cliquenhafte Verdichtungen“, die zumindest Umgangston und Arbeitsatmosphäre beim Verfassungsschutz mitgeprägt hätten. Von „braunen Wurzeln“ dort sei, anders als bei anderen Sicherheitsbehörden, nicht zu reden. Die Untersuchung, die der damalige Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm in Auftrag gegeben hatte, soll bis Ende 2014 beendet sein.